

**Öffentliche Niederschrift über die
8. Sitzung des Kreistages (11. Wahlzeit) des Landkreises Trier-Saarburg
am 22.06.2020 in der Stadthalle in Saarburg.**

Beginn: **17:04** Uhr

Ende: **19:11** Uhr

Anwesenheit

Vorsitz

Herr Landrat Günther Schartz

anwesend ab 17:11 Uhr (TOP 1.1),
Vorsitzender ab 17:18 Uhr (TOP 2)

Herr Erster Kreisbeigeordneter Arnold Schmitt

Vorsitzender bis 17:18 Uhr
(TOP 1.1)

Mitglieder

Herr Jens Ahnemüller

Herr Martin Alten

Herr Wolfgang Benter

Herr Gerd Benz Müller

Herr Dirk Bootz

Herr Boris Bulitta

Herr Matthias Daleiden

Herr Jürgen Dixius

Herr Markus Franzen

Frau Stephanie Freytag

Frau Heike Gleißner

Herr Hartmut Heck

Herr Bernhard Henter

Frau Iris Hess

Herr Michael Holstein

Frau Christiane Junk-Kornbrust

Herr Safak Karacam

Herr Christian Kiefer

bis 18:49 Uhr (TOP 10)

Herr Dieter Klever

Herr Sascha Kohlmann

Frau Alexandra Lehnen

Herr Markus Lehnen

Frau Dr. Kathrin Meß

Herr Stefan Metzdorf

Herr Paul Neumann

Frau Stephanie Nickels

ab 17:09 Uhr (TOP 1.1), bis 18:57
Uhr (TOP 10)

Herr Claus Piedmont

Herr Paul Port

Herr Bruno Porten

Herr Kaspar Portz

Herr Kreisbeigeordneter Helmut Reis

ab 17:19 Uhr (TOP 2)

Herr Lars Rieger	
Herr Alfons Peter Rodens	
Herr Lothar Rommelfanger	
Herr Uwe Roßmann	
Frau Marianne Rummel	ab 17:17 Uhr (TOP 2)
Frau Ingeborg Sahler-Fesel	
Frau Kathrin Schlöder	
Herr Achim Schmitt	
Frau Christine Schmitt	
Herr Andreas Steier	
Frau Kreisbeigeordnete Simone Thiel	bis 18:00 Uhr (TOP 6)
Herr Markus Thul	
Herr Joachim Trösch	
Frau Edith van Eijck	
Herr Joachim Weber	bis 18:52 Uhr (TOP 10)
Frau Lena Weber	
Frau Martina Wehrheim	
Frau Elke Winnikes	
Herr Alfred Wirtz	
<u>Verwaltung</u>	
Herr Joachim Christmann	Leiter des Geschäftsbereichs II
Herr Norbert Etringer	Abteilungsleiter Abteilung 5 - Schulen und Bildung (TOP 6, 10.3.1)
Herr Christoph Fuchs	Büroleiter
Herr Thomas Müller	Presse
Herr Rolf Rauland	Leiter des Geschäftsbereichs I
Frau Julia Schmitt	Abteilung 5 - Schulen und Bildung (TOP 6, 10.3.1)
Frau Hannah Schmitz	Presse
Herr Stephan Schmitz-Wenzel	Leiter des Geschäftsbereichs III
Herr Alois Zehren	Abteilungsleiter Abteilung 6 - Finanzen und Kommunales (TOP 8)
<u>Gäste</u>	
Herr Georg Bauer	
Herr Christian Kremer	Trierischer Volksfreund (öffentlicher Teil)
Herr Daniel Reinert	
Frau Barbara Schwarz	VRT (TOP 1.1, 5.1)
Frau Christa Weber	Trierischer Volksfreund (öffentlicher Teil)

Zur Geschäftsordnung

Der Erste Kreisbeigeordnete **Schmitt** (CDU) eröffnet die heutige Sitzung des Kreistages und begrüßt herzlich dazu die Mitglieder, die Verwaltung, die Gäste und die Vertreter der Medien. Er teilt mit, dass der Landrat sich aus terminlichen Gründen etwas verspäten werde. Bis dahin leite er die Sitzung als Vorsitzender.

Die zur Unterzeichnung der Niederschrift bestimmten Kreistagsmitglieder, Frau Alexandra Lehnen (CDU) sowie Herr Uwe Roßmann (SPD) sind anwesend. Einwendungen gegen Form und Frist der Einladung gibt es nicht.

Eine herzliche Gratulation richtet der Erste Kreisbeigeordnete **Schmitt** (CDU) im Namen des gesamten Kreistages an Frau Stephanie Freytag (ehemals Zehren), die kürzlich geheiratet hat.

Zu Beginn der Sitzung im öffentlichen Teil teilt der **Vorsitzende** mit, dass die Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt 5.1 „K 35, Issel, Kreisel Ermesgraben, Auftragsvergabe“ aufgrund eines abschließenden Beschlusses des Bauausschusses reduziert werden könne.

Der **Kreistag** beschließt einstimmig die Reduzierung der Tagesordnung.

Es bestehen keine weiteren Änderungen, somit wird die Tagesordnung wie nachfolgend dargestellt abgewickelt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

2. **Mitteilungen des Landrates**
3. **Einwohnerfragestunde**
4. **Nachwahl eines stellvertretenden Mitgliedes für den Kreisausschuss
Vorlage: 0186/2020**
5. **Auftragsangelegenheiten**
- 5.1. **Vergabeentscheidung für das Linienbündel Ruwertal-Hochwald
Vorlage: 0197/2020**
6. **Antrag Bündnis 90/ Die Grünen vom 03.06.20 "Erstellung eines Konzepts zur Gewährleistung des Schulunterrichts in den Schulen des Kreises Trier-Saarburg im weiteren Verlauf der COVID 19-Pandemie"
Vorlage: 0196/2020**
7. **Breitbandausbau von Gewerbegebieten im Landkreis Trier-Saarburg
Vorlage: 0164/2020/1**
8. **Haushaltsgenehmigung 2020, Aufnahme von Kommunalkrediten
Vorlage: 0184/2020**
9. **Einrichtung einer Nationalpark Jugendherberge in Hermeskeil
Vorlage: 0195/2020**
10. **Informationen und Anfragen**
- 10.1. **Information über eine Eilentscheidung - Bevollmächtigung des VRT zum Abschluss eines Vertrages zur Erbringung von Verkehrsleistungen auf der Linie 206; Vorlage: 0179/2020**
- 10.2. **Information über eine Eilentscheidung - Entgeltfort Tagespflegepersonen und Aussetzung der Elternbeiträge in den Bereichen Kindertagespflege sowie Kindertagesstätten ab Juni 2020; Vorlage: 0185/2020**
- 10.3. **weitere Informationen und Anfragen**
- 10.3.1. **Anfrage Bündnis 90/ Die Grünen vom 16.06.20 "Wiederaufnahme der Sprachförder- und Orientierungskurse für Menschen, mit Flüchtlingsstatus oder subsidiären Schutzstatus im Landkreis Trier-Saarburg"
Vorlage: 0211/2020**

2. **Mitteilungen des Landrates**

Protokoll:

Der Erste Kreisbeigeordnete **Schmitt** (CDU) begrüßt den inzwischen eingetroffenen Landrat **Schartz** herzlich. Dieser übernimmt fortan den Vorsitz in der Sitzung.

Mit herzlichen Glückwünschen gratuliert der **Vorsitzende** Schartz Frau Stephanie Freytag zur Vermählung mit den besten Wünschen für die Zukunft.

Der **Landrat** verweist auf die als Tischvorlage zur Verfügung gestellten Mitteilungen. Sie sind der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Da keine Fragen seitens des **Kreistages** bestehen, nimmt er die Mitteilungen zur Kenntnis.

3. **Einwohnerfragestunde**

Protokoll:

Es liegen keine schriftlichen Anfragen seitens der Bevölkerung vor.

4. **Nachwahl eines stellvertretenden Mitgliedes für den Kreisausschuss**
Vorlage: 0186/2020

Protokoll:

Der **Vorsitzende** schlägt vor, in offener Abstimmung über die Wahl zu entscheiden, soweit keine geheime Wahl auf Wunsch des Kreistages durchgeführt werden solle.

Der **Kreistag** stimmt dem Vorschlag einstimmig zu.

Der Fraktionsvorsitzende **Piedmont** (FDP) schlägt als Stellvertreter B im Kreisausschuss Herrn Martin Alten (CDU) vor.

Es werden keine weiteren Wahlvorschläge eingereicht.

Der Wahlvorschlag wird einstimmig angenommen. Demnach ist gewählt:

FDP-Fraktion

Stellvertreter B

Herr Martin Alten, Mandern

5. Auftragsangelegenheiten

5.1. Vergabeentscheidung für das Linienbündel Ruwertal-Hochwald Vorlage: 0197/2020

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung mit dem Hinweis, dass die endgültige Entscheidung bei der Verbandsversammlung des Zweckverbandes des Verkehrsverbundes Region Trier (VRT) und des SPNV Nord liege.

Da seitens des **Kreistages** keine Fragen bestehen, fasst er sodann folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt auf Empfehlung des Ausschusses für den öffentlichen Personennahverkehr die Zuschlagserteilung für beide Lose des Linienbündels Ruwertal-Hochwald an die Firma Jozi-Reisen GmbH.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

6. Antrag Bündnis 90/ Die Grünen vom 03.06.20 "Erstellung eines Konzepts zur Gewährleistung des Schulunterrichts in den Schulen des Kreises Trier-Saarburg im weiteren Verlauf der COVID 19-Pandemie" Vorlage: 0196/2020

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Vorlage der Verwaltung. Wichtig in diesem Zusammenhang sei die Kenntnis der Eckdaten zur Schulöffnung. Es gebe derzeit eine umfangreiche Diskussion zur dynamischen Situation unter den Bildungsministern der Länder. Es gebe allerhand Faktoren bei einer Schulöffnung zu berücksichtigen. Die pädagogische Bildungshoheit liege beim Land, für die Schulträgeraufgaben sei der Landkreis zuständig. Ein aktuelles Thema sei das Angebot in Form von Sommerschulen, das in Zusammenarbeit von Land und kommunalen Spitzenverbänden auf den Weg gebracht worden sei. Diesbezügliche Detailfragen seien noch abzustimmen.

Kreistagsmitglieder **Gleißner** (Bündnis 90/ Die Grünen) gibt an, dass sie die in der Vorlage dargelegten Einschätzungen der Verwaltung teile, jedoch sehe sie andere Lösungsansätze sowie Konsequenzen, die in einem Konzept niedergeschrieben werden sollten. Hintergrund des vorliegenden Antrags der Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion seien die Ausführungen des Landrates im letzten Kreistag zur Situation der kreiseigenen Schulen. Als besondere Problemlage seien die Schwierigkeiten bei den räumlichen Kapazitäten der Schulen dargestellt worden. Aus gegebenen Anlass stelle die Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion den Antrag mit Beschlussvorschlag. Lehren und Lernen geschehe im täglichen Schulall-

tag mittels kommunikativer Interaktion. Die Hygienevorschriften verändern die Gruppengrößen der Schulklassen. Zur räumlichen und personellen Situation konnte aus ihrer Sicht in der Sachdarstellung der Vorlage keine zufriedenstellende Antwort seitens der Verwaltung gegeben werden. Die Beteiligten haben sich mit den aktuellen Gegebenheiten arrangiert. In der Vorlage sei lediglich die Sachlage dargestellt worden, allerdings nicht die geforderten Lösungsansätze. Die Schulbehörde könne beispielsweise durch ein konzeptionelles Raumkonzept in Zugzwang gebracht werden. Eine Situationsanalyse hätte bereits erstellt werden müssen. Das Bildungsbüro könne zum Beispiel die beteiligten Akteure koordinieren. Ohne personelle Ressourcen gestalte sich dies jedoch schwierig. Durch die aktuelle Krisensituation sei höchste Priorität und Dringlichkeit angesagt. Die Aufgabe des Landrates sei es, die verantwortlichen Akteure an einen Tisch zur Abstimmung sowie Lösungsfindung zu bringen. Nicht alle Schulen haben bis heute Förderanträge zum Digitalpakt gestellt, obwohl dies auf der Agenda stehe. Die Bereitstellung von Sporthallen werden zur Lösung der räumlichen Situation nicht ausreichen. Dies gehöre zur Pflichtaufgabe des Landkreises als Schulträger. Die Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion sei gerne bereit den Prozess in den Sommerferien konstruktiv zu unterstützen. Sie bitte um Unterstützung des Antrages.

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) geht zunächst auf den dynamischen Prozess bei der Schulöffnung ein. Der vorliegende Antrag spiegle die Pflichtaufgaben des Landkreises hinsichtlich der Schulen wider. Es handle sich hierbei um das Tagesgeschäft der Kreisverwaltung. Der Verwaltung müsse aufgrund der aktuellen Situation der Rücken gestärkt werden. Niemand könne heute prognostizieren, wie es nach den Ferien in den Schulen in Hinblick auf die aktuelle Corona-Situation weitergehe. Die CDU-Kreistagsfraktion schlage aus diesem Grund vor, dass die Verwaltung ihre Überlegungen und Ausführungen in einer Sondersitzung des Kreisausschusses in den Sommerferien darstelle. Der genaue Sitzungstermin obliege der Verwaltung. Es gebe keine einfachen Problemlösungen, da die aktuelle Lage sehr komplexe Lösungsansätze erfordere. Falls ein Präsenzunterricht nicht funktionieren sollte, müsste über Alternativvorschläge beraten werden. Dabei spiele die fortschreitende Digitalisierung eine große Rolle, zu der der Bund große finanzielle Mittel zur Verfügung stelle. Der Landrat könne in seiner Rolle als Verwaltungschef feststellen, wann es ein Erfordernis gebe eine Kreisausschusssitzung einzuberufen.

Kreistagsmitglied **A. Schmitt** (SPD) stellt fest, dass der Antrag der Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion im Grunde ohne Hintergrundwissen korrekt, schlüssig und fachlich fundiert sei. Mit Hintergrundwissen unter anderem durch die Sachstandsdarstellung der Verwaltung sei die aktuelle Situation an den Schulen sehr umfänglich und korrekt dargestellt. Somit erübrige sich der auf dem Antrag aufgeführte Beschlussvorschlag. Dennoch begrüße die SPD-Kreistagsfraktion zwar den Antrag, um eine öffentliche Diskussion anzuregen, allerdings mit der Empfehlung an die Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion den Antrag zurückzuziehen. Die Sachdarstellung skizziere zutreffend die Pflichtaufgaben des Landkreises als Schulträger. Ein Lob für die geleistete Arbeit an die Mitarbeitenden der

Abteilung 5 – Schulen und Bildung sei an dieser Stelle angebracht. Annahmen zur zukünftigen Unterrichterteilung seien rein spekulativer Natur. Ein weiteres Lob gebe es für die Vereinbarung der kommunalen Spitzenverbände mit der Landesregierung bezüglich des Sommerschulangebots. Die Details des Angebots weisen sicherlich Schwachstellen auf. Diese können durch die Lehrenden sowie die Schulsozialarbeit aufgefangen werden, die hervorragende Arbeit leisten. Die Risikogruppendifinition sei seitens der ADD etwas gelockert worden. Zudem sei Unterricht mithilfe der technischen Mittel möglich. Diesbezüglich gelte es, dem Gesundheitsamt des Landkreises Trier-Saarburg ein Lob auszusprechen, da es personell gut aufgestellt sei und verschiedene Arten von Untersuchungen durchführe. Im Folgenden weist er kurz auf die personelle Ausstattung der ADD hin.

Kreistagsmitglied **Holstein** (FWG) schließe sich den Vorrednern der CDU- und der SPD-Kreistagsfraktionen zum größten Teil an. Es handle sich um eine reine Verwaltungstätigkeit auf der Verbandsgemeindeebene in Bezug auf die Grundschulen. Ein ordnungsgemäßer Unterricht sei im Sinne der Schulträger, nämlich der Verbandsgemeinden sowie des Landkreises. Im Detail könne die Schulsituation nach den Sommerferien noch nicht vorhergesagt werden. Bis dahin werden weiter Erkenntnisse zur dynamischen Entwicklung der Situation gesammelt. Aus den letzten Monaten während der Corona-Krise sei gelernt worden, dass die Behörden in allen Bereichen flexibel auf die Situation reagieren müssen. Die FWG-Kreistagsfraktion sehe die Kreisverwaltung mit all ihren Abteilungen gut gerüstet, um einen ordnungsgerechten Schulbetrieb nach den Ferien durchzuführen. Die FWG-Fraktion schließe sich dem Vorschlag der CDU-Kreistagsfraktion an, einen Kreisausschuss in den Sommerferien einzuberufen, sofern die Verwaltung feststelle, dass Bedarf bestehe.

Die Fraktionsvorsitzende **Dr. Meß** (Die Linke) befürwortet den Vorschlag der CDU-Kreistagsfraktion. Aus der Sicht der Die Linke-Kreistagsfraktion solle eine Evaluation an kreiseigenen Schulen durchgeführt werden, mit welchen Herausforderungen sie aktuell zu tun haben und welche Lösungsmöglichkeiten es dazu gebe. Die Pandemie habe deutlich vor Augen geführt, dass es große Unterschiede bei den Betroffenen bei der Bewältigung der Krise gebe. Die zunehmende Digitalisierung gestalte sich als Herausforderung für Familien. Ein Konzept müsse folgende Fragestellungen berücksichtigen: 1) gebe es Leihgeräte für Lernende an den Schulen? 2) wie können Schülerinnen und Schüler aus bildungsfernen Haushalten unterstützt werden sowie 3) welche Unterstützung brauchend die Beteiligten an den Schulen. Sie sehe eine Dringlichkeit bei diesen Angelegenheiten, um die soziale Schere nicht weiter auseinander driften zu lassen. Weitere Fragen hinsichtlich der Ausbildung der Lehrenden bezüglich der Digitalisierung und die weitere Unterstützung drängen sich ihr auf. In Schulen komme es auf Bildungsgerechtigkeit an.

Kreistagsmitglied **Trösch** (BfB) erörtert, dass durch die Bewertung des Personals Teile des Lehrerkollegiums in Risikogruppen eingeordnet werden. Aufgrund dieser Bewertung stehen einige Lehrende für den regulären Präsenzunterricht nicht zur Verfügung. Ferner seien die Lehrpersonen an

die räumlichen Gegebenheiten gebunden. Aus diesem Grund werden eine größere Anzahl und flächenmäßig größere Räumlichkeiten benötigt. Infrage für eine solche Unterrichtung kommen lediglich Sporthallen/ -plätze, Gemeindehäuser und unter Umständen Hotelanlagen. Investitionsbedarf sehe er nicht. Die aktuelle Situation müsse auf Sicht gesteuert werden.

Der **Landrat** fasst zusammen, dass der Antrag der Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion, wie eingereicht, bestehen bleibe. Der Antrag, so wie er gestellt sei, verlange von der Verwaltung etwas Unmögliches. Die Kreisverwaltung habe keinen Einfluss auf die Zuständigkeiten des Landes. Er befürworte grundsätzlich die Einberufung eines Kreisausschusses in den Sommerferien. Der Informationsfluss in die Kreisgremien laufe wie jederzeit gut. Jedoch müsse dabei beachtet werden, dass sogar am Ende der Sommerferien schwierig sein werde eine spezifische Sachstandsanalyse durchzuführen. Der vorangegangenen Rederunde habe er eine vorweggenommene bildungspolitische Generaldiskussion entnommen. Er wolle diesbezüglich klarstellen, dass eine uneingeschränkte Öffnung jegliche Diskussion entbehren würde. Zum Thema Digitalpakt könne er sagen, dass bisher kaum Anträge vorgelegt worden seien und über wenige sei bislang entschieden worden. Einige Anträge seien wegen Unvollständigkeit an die entsprechenden Schulen zurückversandt worden. Dahingehend solle ein Webinar von der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) angeboten werden, um etwaige Fragen zur Antragsstellung adäquat zu beantworten. Das Bildungsministerium bereite derzeit eine generelle Beschaffung von technischer Ausstattung der Schulen vor. Zur räumlichen Situation an den Schulen habe die Verwaltung alle außerschulischen Nutzer von Schulsporthallen im Landkreis angeschrieben und den Hinweis gegeben, dass die Schulen bei Bedarf Vorrang haben. Es sei an einigen Stellschrauben bereits gedreht worden. Zusammenfügen würden sie sich zu Schuljahresbeginn. Die Schulleiter wissen im Zweifel nicht, wie viel Lehrpersonal ihnen am Schulbeginn letztendlich zur Verfügung stehe, das sei das Hauptproblem.

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) betont, dass es im Sinne aller sei, den Schulunterricht nach den Ferien im größtmöglichen Umfang durchzuführen. Die CDU-Kreistagsfraktion beantrage den vorliegenden Antrag in den nächsten Kreisausschuss zu überweisen. Der Landrat möge diesen dann zu gegebener Zeit in den Sommerferien zu einer Sondersitzung einberufen.

Der Fraktionsvorsitzende **Port** (Bündnis 90/ Die Grünen) stimmt dem Antrag der CDU-Kreistagsfraktion zu. Nach Beratungen im Kreisausschuss könne schließlich ein endgültiger Beschluss erarbeitet werden. Zu keinem Zeitpunkt habe die Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion die Arbeitsweise der Verwaltung angreifen wollen.

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass ein vorläufiger Konsens zwischen den Fraktionen gefunden worden sei. Zur Abstimmung stehe nun der Überweisungsantrag der CDU-Kreistagsfraktion.

Da seitens des **Kreistages** keine Fragen bestehen, fasst er sodann folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der **Kreistag** überweist den Antrag der Bündnis 90/ Die Grünen-Fraktion vom 03.06.20 „Erstellung eines Konzeptes zur Gewährleistung des Schulunterrichts in den Schulen des Kreises Trier-Saarburg im weiteren Verlauf der COVID-19-Pandemie“ in die nächste Sitzung des Kreisausschusses, die nach dem Ermessen des Landrates in den Sommerferien einberufen wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

**7. Breitbandausbau von Gewerbegebieten im Landkreis Trier-Saarburg
Vorlage: 0164/2020/1**

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung mit dem Hinweis, dass die Verwaltung langfristig mit dem gesamten Thema befasst sei. Für den Standort Trier-Saarburg sei dieses Thema wichtiger denn je. Dies habe unter anderem die Corona-Krise mit der einhergehenden zunehmenden Digitalisierung eindrücklich gezeigt.

Kreistagsmitglied **Franzen** (CDU) beginnt seine Rede mit einem kurzen historischen Rückblick zum Anfang der Informations- und Kommunikationstechnologie sowie deren rasantem Fortschritt. Der Landkreis habe eine Studie zum Breitbandausbau erstellen lassen. Aufgrund dieser Studie konnten Fördergelder beim Bund und beim Land beantragt werden. Im Jahr 2017 sei dem Landrat ein vorläufiger Bewilligungsbescheid überreicht worden. Einen weiteren Bewilligungsbescheid konnte erfreulicherweise durch Herrn Kreisbeigeordnetem Reis (FWG) Ende des Jahres 2017 in Empfang genommen werden. Nach den ersten Planungen konnten deutlich höhere Übertragungsraten erzielt werden als ursprünglich vorgesehen waren. Aus der Sitzungsvorlage sei ersichtlich, dass der Bund mit einem Sonderaufruf zu Gewerbe- und Industriegebieten Projekte fördern wolle. Mit dem Breitbandausbau werde nicht nur die bestehende Infrastruktur gestärkt, sondern weitere Anreize zur Gewerbeansiedlung im Landkreis gesetzt. Die CDU-Kreistagsfraktion werde der Beschlussvorlage der Verwaltung zustimmen.

Kreistagsmitglied **Metzdorf** (SPD) hebt hervor, dass schnelles Internet für die Bevölkerung und die ansässigen Betriebe inzwischen existenziell sei. Es bestehe im Allgemeinen Einigkeit, dass das bisher Erreichte der Schlüssel zur Nachhaltigkeit und einer weiterhin positiven Entwicklung im Landkreis seien. Der heutige Schritt sei aus diesem Grund als konsequenter Fortschritt zu betrachten. Die Rahmenbedingungen des Bundes zum flächendeckenden Ausbau zeigten, dass Übertragungsraten zwischen 30

und 50 Mbit/s eine gute und nachhaltige Verbesserung im Datenübertragungsbereich seien. Diesen Rahmen erreiche der Landkreis Trier-Saarburg erfreulicherweise. Der Landrat habe richtigerweise ausgeführt, dass die Entwicklung am Anfang dessen stehe, was künftig noch möglich sei. Ein noch schnelleres Voranschreiten könne möglicherweise durch eine Bündelung von beteiligten Akteuren funktionieren. Bei Betrachtung der Entwicklung vermute er, dass der Breitbandausbau, nicht nur im Landkreis, eine ständige Aufgabe der Verwaltung werde. Die Verwaltung leiste bisweilen hervorragende Arbeit in diesem Bereich. Die SPD-Kreistagsfraktion werde der Beschlussvorlage selbstverständlich zustimmen.

In nahezu allen Lebensbereichen werde in heutiger Zeit ein Internetzugang benötigt, so Kreistagsmitglied **Porten** (FWG). Die Corona-Krise habe dies verdeutlicht. Eine leistungsfähige Breitbandinfrastruktur sei aus diesem Grund die Voraussetzung zur Teilnahme am modernen Lebensalltag sowie dem Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der örtlichen Betriebe. In den letzten Jahren sei bereits eine Menge im Bereich des Breitbandausbaus im Landkreis passiert. Mit dem erfolgten Sonderaufruf könne eine Nachbesserung der bisher erfolgten Maßnahmen geschehen. Die Verbandsgemeinden im Landkreis werden in naher Zukunft über die vertraglichen Angelegenheiten beraten bzw. haben bereits eine Zustimmung beschlossen. Die FWG-Kreistagsfraktion bedanke sich ausdrücklich für die gute und vielfältige Arbeit der Verwaltung. Die Fraktion werde der Vorlage vollumfänglich zustimmen.

Der Fraktionsvorsitzende **Port** (Bündnis 90/ Die Grünen) versichert, dass die Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Dieses Thema bleibe eine ständige Aufgabe der Verwaltung, die es immer wieder zu evaluieren gelte.

Die FDP-Kreistagsfraktion werde dem Beschlussvorschlag ebenso zustimmen, so der Fraktionsvorsitzende **Piedmont** (FDP). Die Pandemie habe deutlich vor Augen geführt, dass die gesamte Welt ökonomisch in der Krise stecke. Die ökologischen Aspekte seien in dieser Hinsicht ein wenig zu kurz geraten. Ohne den Ausbau des Breitbandes im gesamten Bundesgebiet, gerate die Bundesrepublik schnell ins Hintertreffen.

Da seitens des **Kreistages** keine Fragen oder Wortmeldungen bestehen, fasst er sodann folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt auf Empfehlung des Kreisausschusses folgendes: Dem Breitbandausbau mit einem Glasfasernetz in den aufgeführten unterversorgten Gewerbegebieten in den Verbandsgemeinden Konz, Saarburg-Kell und Schweich und dem Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen den genannten Verbandsgemeinden und dem Landkreis Trier-Saarburg wird zugestimmt.

Der Landkreis Trier-Saarburg beteiligt sich an den Ausbau- und Beratungskosten sowie evtl. anfallenden sonstigen Kosten mit der Hälfte (50 %)

des zu tragenden Eigenanteils. Die Verbandsgemeinden Konz, Saarburg-Kell und Schweich tragen die andere Hälfte des Eigenanteils der anfallenden Kosten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

**8. Haushaltsgenehmigung 2020, Aufnahme von Kommunalkrediten
Vorlage: 0184/2020**

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Da seitens des **Kreistages** keine Fragen bestehen, fasst er sodann folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreistag ermächtigt die Verwaltung, die durch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) Trier für das Haushaltsjahr 2020 genehmigten Investitionskredite bis zu einer Höhe von 24.200.938 € am Kreditmarkt aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

**9. Einrichtung einer Nationalpark Jugendherberge in Hermeskeil
Vorlage: 0195/2020**

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung. Eine Beschlussfassung im heutigen Kreistag zu dieser Angelegenheit sei in der letzten Kreisausschusssitzung von der CDU-Kreistagsfraktion angeregt worden, um einen Impuls an die Landesregierung zu senden. Von der Verbandsgemeinde Hermeskeil seien dankenswerterweise Unterlagen über eine konzeptionelle Ausrichtung der Nationalpark-Jugendherberge zur Verfügung gestellt worden. In heutiger Sitzung solle eine einheitliche Sprachregelung gefunden werden. Die jetzige Situation, dass die Jugendherberge bei Bedarf übergangsweise als Ausweichstandort für die AfA Hermeskeil in der Corona-Krise diene, sei kein Zukunftsmodell.

Kreistagsmitglied **Heck** (CDU) geht zu Beginn auf die konzeptionelle Ausrichtung der Nationalpark-Jugendherberge in Hermeskeil ein, für die die Verbandsgemeinde viel Lob erfahren habe. Die Landesebene habe das Konzept ebenso begrüßt. Die aktuellen konzeptionellen Überlegungen seien noch nicht abschließend in den Gremien behandelt worden. Durch die Corona-Krise habe es in jüngster Vergangenheit negative Berichterstat-

tung zu Jugendherbergen hinsichtlich von Schließungen gegeben. Zwei tragende Säulen seien bei dem Konzept herausgearbeitet worden. Einerseits die Ausrichtung auf den Nationalpark und einer damit einhergehenden Regionalentwicklung: vielfältige regionale, historische sowie kulturelle Themen können somit dort verortet werden. Mit all diesen Themen werde die Verbandsgemeinde zum jetzigen Zeitpunkt in Teilen dem touristischen Image gemäß der Tourismusstrategie 2025 des Landes Rheinland-Pfalz gerecht. Die zweite Säule beinhalte als Alleinstellungsmerkmal die thematische Verknüpfung mit der Gedenkstätte des SS-Sonderlagers/ KZ Hinzert. Es sei gelungen, die Landeszentrale für politische Bildung als Kooperationspartner zu gewinnen. Nicht zu unterschätzen sei hierbei die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Luxemburg. Es sei ein tolles Beispiel für gelebte Erinnerungskultur und Toleranz. Die in der Öffentlichkeit aktuellen Themenfelder Rassismus und Extremismus könnten erweiternd hinzugefügt werden. Das Konzept bedürfe noch der Feinjustierung sowie der Abstimmung. Bei den vorgelegten Unterlagen handle es sich um den sogenannten ersten Aufschlag. Das weitere Verfahren werde gemeinsam von der Verbandsgemeinde sowie der Stadt Hermeskeil getragen. Er bitte als Kreistagsmitglied und Bürgermeister der Verbandsgemeinde um breite Zustimmung zur Vorlage.

Kreistagsmitglied **L. Weber** (SPD) könne sich den Ausführungen ihres Vorredners anschließen. Seit 2017 beschäftige sich die Stadt und die Verbandsgemeinde Hermeskeil mit der vorliegenden Thematik. Gerade zum jetzigen Zeitpunkt sei das Thema Jugendherbergen aufgrund einiger Schließungen aktueller denn je. Die letzte Modernisierungsmaßnahme des Hauses liege leider bereits 25 Jahre zurück. Dennoch habe ihre Bedeutung durch die Installation des Nationalparks Hunsrück-Hochwald wieder zugenommen. Dies spiegle sich in der Angebotspalette in Zusammenarbeit mit den Landesforsten, dem Nationalparkamt und des rheinland-pfälzischen Feuerwehrmuseums wider. Die angestrebte Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte des SS-Sonderlagers/ KZ Hinzert eröffne weitere regionale Möglichkeiten der politischen Bildung. Das bisherige Netzwerk der Jugendherberge mit den Sport- und Freizeitverbänden sei nicht außer Acht zu lassen. Die konzeptionelle Grundlage bedürfe sicherlich noch einer Feinabstimmung und intensiven Beratung in den kommunalen Gremien. Sie sei davon überzeugt, dass die mannigfaltigen Standortvorteile zum Tragen kommen. Sie bitte um Unterstützung des Projektes.

Der Fraktionsvorsitzende **Port** (Bündnis 90/ Die Grünen) gibt an, dass die Stärkung und Zukunftssicherung der Jugendherberge am Standort Hermeskeil der Hintergrund dieser Vorlage sei. Das Jugendherbergswerk beabsichtige verschiedene Standorte zu schließen, teilweise sei dies bereits erfolgt. Die Erarbeitung von Alleinstellungsmerkmalen einer Nationalpark-Jugendherberge und entsprechende Themenzuordnungen solle zu einer Stärkung der Herberge führen. Im Grunde sei bereits, wie von seiner Vorrednerin erwähnt, im Jahr 2017 ein Vorstoß an die Landesregierung und das Jugendherbergswerk gerichtet worden. Allerdings sei im Nationalparkkonzept des Landes von zwei weiteren Nationalpark-Jugendherbergen die Rede. Dies stelle das Alleinstellungsmerkmal von Hermeskeil in Frage. Die

Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte des SS-Sonderlagers/KZ Hinzert arbeite jedoch spezifische Themenfelder heraus. Durch die in unmittelbarer Nachbarschaft befindlichen Sportstätten bieten sich weitere Marketingmöglichkeiten an. Die Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion bitte diesem Grundsatzbeschluss parteiübergreifend zuzustimmen.

Die FWG-Kreistagsfraktion werde der Beschlussvorlage zustimmen, so das Kreistagsmitglied **Schlöder** (FWG). Sie fährt fort, dass das Thema Nationalpark Hunsrück-Hochwald immer wieder seit der vorletzten Legislaturperiode auf den Tagesordnungen diverser Gremien gestanden habe. Seit der Einrichtung sei dort hervorragende Arbeit geleistet worden. Die dahinterstehende Idee beinhalte unter anderem Vielfalt. Die Regionalentwicklung auf dem Gebiet der Landkreise Trier-Saarburg und Birkenfeld sei dadurch positiv vorangetrieben worden. Die Vielfalt werde durch eine ganze Reihe Partnerbetriebe gewährleistet. Voraussetzungen hierzu seien die qualitativen Merkmale der jeweiligen Betriebe, die die standardisierten Vorgaben berücksichtigen. Eine Umgestaltung hin zur Barrierefreiheit des Hauses sei entscheidend, aber auch Herausforderung zugleich. Die Gesamtheit des Konzeptes sei uneingeschränkt positiv zu bewerten. Nun gelte es die zur Verfügung stehenden Fördermöglichkeiten zu nutzen.

Kreistagsmitglied **Trösch** (BfB) fügt seinen Vorrednern hinzu, dass der Tourismus im Hochwald gleichgewichtig mit dem Tourismus an der Mosel zu setzen sei. Die erste Adresse für Anreisende im Hochwald sei die dortige Jugendherberge. Er werbe ebenso für eine Zustimmung zur Beschlussvorlage.

Die Fraktionsvorsitzende **Dr. Meß** (Die Linke) teilt mit, dass Jugendherbergen im Allgemeinen wichtige soziale Begegnungsstätten, besonders für Familien mit begrenztem Budget, seien. Es gelte die Konzeption der Nationalpark-Jugendherberge aus wirtschaftlicher und touristischer Sicht zu unterstützen. Wie in dem Konzept dargelegt, sollten alle aufgeführten Akteure in einem neu zu gründenden Beirat für Demokratieförderung, Menschenrechte und Gedenkarbeit zusammengeführt werden. Aktuell werde der Bau eines pädagogischen Zentrums in der Gedenkstätte SS-Sonderlager/ KZ Hinzert geplant. Die Überlegungen zur Jugendherberge in Hermeskeil seien sehr sinnvoll. Die Linke-Kreistagsfraktion werde in den nächsten Monaten ein Konzept erarbeiten, wie sie sich einen solchen Beirat im Detail vorstelle.

Kreistagsmitglied **Roßmann** (SPD) bittet darum den Förderverein Gedenkstätte SS-Sonderlager/ KZ Hinzert in die Überlegungen zur Jugendherberge einzubinden. Ferner regt er eine vertiefende Zusammenarbeit in dem Verfahren zwischen Verbandsgemeindeverwaltung und Stadtverwaltung in Hermeskeil an.

Dem gegenüber stellt Landrat **Schartz**, dass das Verfahren wie gehört bereits seit 2017 laufe. Deutlich sei geworden, dass sich die Verbandsgemeinde- und die Stadtverwaltung in der Vergangenheit schon mit der Sache befasst haben. Das Thema Jugendherbergen werde in der morgigen

Landrätekonzferenz beraten. Die Verbandsgemeinde Hermeskeil habe gute Arbeit bei der Erstellung des Konzeptes geleistet. Der Kreis besitze in Kell am See das Kreisjugendhaus, das unter Umständen noch in das Konzept eingebunden werden könne. Es gebe derzeit viele gute Ideen. Das Profil des Konzeptes müsse noch geschärft werden.

Da seitens des **Kreistages** keine Fragen oder Wortmeldungen bestehen, fasst er sodann folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreistag Trier-Saarburg spricht sich für die Einrichtung einer Nationalparkjugendherberge in Hermeskeil mit einer klaren Profilierung in Richtung Umweltbildung in Zusammenarbeit mit dem Nationalparkamt und politischer Bildung im Kontext der Gedenkstätte SS-Sonderlager/KZ Hinzert aus und unterstützt die Stadt und Verbandsgemeinde Hermeskeil umfassend bei der Verwirklichung des Projekts in Zusammenarbeit mit dem Jugendherbergswerk.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

10. Informationen und Anfragen

10.1. Information über eine Eilentscheidung - Bevollmächtigung des VRT zum Abschluss eines Vertrages zur Erbringung von Verkehrsleistungen auf der Linie 206; Vorlage: 0179/2020

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreistages** bestehen keine Fragen, sodann nimmt er die Informationen zur Kenntnis.

10.2. Information über eine Eilentscheidung - Entgeltfort Tagespflegepersonen und Aussetzung der Elternbeiträge in den Bereichen Kindertagespflege sowie Kindertagesstätten ab Juni 2020; Vorlage: 0185/2020

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung. Er weist darauf hin, dass andere Regionen im Gegensatz zum Landkreis Trier-Saarburg diese Leistungen nicht erbringen. Die geringen entstehenden Summen im Monat werden der Summe der vom Land zur Verfügung gestellten Zuwendung zugerechnet.

Die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) bittet darum, dass die Kreisgremien in die Entscheidung eingebunden werden sollen, wenn sie Gele-

genheit haben zu tagen. Das Eilentscheidungsrecht des Landrates solle in möglichst geringem Umfang eingesetzt werden.

Seitens des **Kreistages** bestehen keine Fragen. Sodann nimmt er die Informationen zur Kenntnis.

10.3. weitere Informationen und Anfragen

Protokoll:

Die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) merkt an, dass in der letzten Ältestenratsitzung von der Verwaltung zugesagt worden sei, dass eine Zahlenübersicht zu der vom Land zur Verfügung gestellten Corona-Zuschusssumme i. H. v. 3,7 Mio. Euro erstellt und den Kreistags- bzw. Kreisausschussmitgliedern vorgelegt werde. Sie bitte dies zur nächsten Sitzung nachzuholen.

Der **Landrat** sagt dies zu. Allerdings bittet er um Verständnis, dass ständig finanzielle Posten wie bspw. der ÖPNV hinzukommen und aus diesem Grund keine abschließende Übersicht erstellt werden könne.

Nach einer Rückfrage der Fraktionsvorsitzenden **Dr. Meß** (Die Linke) zu der Stellenausschreibung der Verbandsgemeinde Hermeskeil hinsichtlich eines Klimaschutzmanagers antwortet der **Vorsitzende**, dass der Umweltausschuss des Kreises zunächst die Prüfung der Fördermöglichkeiten als Aufgabe habe. Diese Prüfung sei auf der Zielgeraden im Haushaltsplan sei diesbezüglich ein Sperrvermerk angebracht. Die nächste planmäßige Sitzung des Umweltausschusses finde am 24.08.2020 statt. Zu dieser Sitzung solle Herr Professor Heck als Experte Stellung zu den Klimaschutzthemen nehmen. Damit sei dem Antrag der Die Linke-Fraktion zur Einladung eines Klimaschutzexperten Rechnung getragen.

10.3.1. Anfrage Bündnis 90/ Die Grünen vom 16.06.20 "Wiederaufnahme der Sprachförder- und Orientierungskurse für Menschen, mit Flüchtlingsstatus oder subsidiären Schutzstatus im Landkreis Trier-Saarburg"; Vorlage: 0211/2020

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die zur Verfügung gestellten Dokumente. Er weist darauf hin, dass es sich ursprünglich um einen Antrag der Bündnis 90/ Die Grünen-Fraktion gehandelt habe. In einer bilateralen Unterredung konnte sich auf die Umwandlung in eine Anfrage geeinigt werden. Das Land Rheinland-Pfalz habe eine Förderung der Sprach- und Orientierungskurse in Aussicht gestellt.

Da seitens des **Kreistages** keine Fragen bestehen, nimmt er die Informationen zur Kenntnis.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmenden.

Der Vorsitzende:

(Günther Schartz)
Landrat

Der Protokollführer:

(Andreas Reichert)